

Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Grube

Auf Grundlage des § 26 (1) des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesens (Bestattungsgesetz) für Schleswig-Holstein und nach Abschnitt 2 Artikel 25 Absatz 3 Nummer 4 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) i.V. m. § 42 der Friedhofssatzung hat der Kirchengemeinderat der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Grube – Friedhofsträger - in seiner Sitzung am 03.12.2020 nachstehende Friedhofsgebührensatzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofs der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Grube und seiner Anlagen und Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen werden Gebühren nach dieser Gebührensatzung erhoben.

§ 2

Gebührensschuldner

Zur Zahlung der Gebühren ist die antragstellende Person und die Person verpflichtet, in deren Auftrag der Friedhof oder seine Anlagen und Einrichtungen benutzt werden. Sind mehrere Personen zahlungspflichtig, so haftet jede einzelne Person als Gesamtschuldner.

§ 3

Festsetzung und Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch Gebührenbescheid. Dieser wird dem Gebührenschuldner schriftlich bekannt gegeben.

(2) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Erbringung der jeweiligen Leistung. Werden erbrachte Leistungen nur teilweise in Anspruch genommen, so ist dennoch die volle Gebühr zu entrichten. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

(3) Sofern die fälligen Gebühren nicht entrichtet worden sind, kann der Friedhofsträger Bestattungen und Leistungen verweigern.

(4) Gebührenbescheide, die formularmäßig oder mit Hilfe automatischer Einrichtungen erlassen werden, sind ohne Unterschrift oder Namenswiedergabe gültig. § 119 Absatz 3 Satz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 S. 61), die zuletzt durch Gesetz vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S. 1066) m. W. v. 18. Juli 2019 geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

(5) Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide haben keine aufschiebende Wirkung. Das heißt, die Verpflichtung zur Zahlung innerhalb der Fälligkeit nach Absatz 2 wird durch die Einlegung nicht aufgehoben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens- und Zustellungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 28. Oktober 2009 (ABl. EKD S. 334, 2010 S. 296) und der staatlichen Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17), die zuletzt durch Gesetz vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846, 854) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(6) Gebühren werden als öffentlich-rechtliche Geldforderungen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 4

Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 Prozent des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch die Gebührenschuldnerin bzw. den Gebührenschuldner zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat die Vollstreckungsschuldnerin bzw. der Vollstreckungsschuldner zu tragen.

§ 5

Verjährung der Gebühren

Für die Festsetzungsverjährung der Gebühren gelten die §§ 169 bis 171 der Abgabenordnung und für die Zahlungsverjährung der Gebühren die §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung entsprechend.

§ 6

Gebührentarif

(1) Folgende Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten (Grabnutzungsgebühren einschließlich Friedhofsunterhaltungsgebühren) werden je Grabbreite erhoben:

- | | | |
|---|--------------|---------------------------------|
| 1. Wahlgrabstelle | | |
| a. für Särge bis 1,20 m für 15 Jahre | 450,00 Euro | |
| b. für Särge über 1,20 m für 25 Jahre | 1125,00 Euro | |
| 2. Wahlgrabstätte in Rasenlage für 25 Jahre | 1500,00 Euro | |
| 3. Urnen | | |
| a. Urnenwahlgrabstelle für 20 Jahre | 890,00 Euro | |
| b. Urne „unterm Baum“ für 20 Jahre | 1390,00 Euro | |
| c. Urne im „Fluss des Lebens“ für 20 Jahre | 1690,00 Euro | |
| 4. Urnen im „Rosengarten“ | | |
| Grabnutzungsgebühr für 20 Jahre | 640,00 Euro | |
| zzgl. Inschrift auf der Stele | 750,00 Euro | |
| zzgl. Grabpflege für 20 Jahre | 800,00 Euro | |
| Gesamtpreis | 2190,00 Euro | |
| 5. Reservierung einer Wahlgrabstelle | | 50% der Gebühr von Ziffer 1 – 4 |

6. Wiedererwerb und Verlängerung von Nutzungsrechten
 - a. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung wird der Jahresbetrag der Gebühren unter Nummern 1 - 4 und 5 berechnet.
 - b. Teile eines Jahres bis zu sechs Monaten bleiben ohne Berechnung.
 - c. Für Teile eines Jahres von mehr als sechs Monaten wird die volle Jahresgebühr erhoben.

Die Gebühr für den Erwerb, Reservierung, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechts wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

(2) Verwaltungsgebühren

1. Allgemeine Verwaltungsgebühr bei Bestattung
(Urkundenerstellung, Grabsteingenehmigung etc.) 85,00 Euro
2. Für die Umschreibung einer Urkunde auf den Namen anderer Berechtigter 40,00 Euro
3. Für die Standsicherheitsprüfung der stehenden Grabmale bei Grabverlängerung
pro Jahr 5,00 Euro

(3) Gebühren für die Bestattung

Für das Ausheben und Verfüllen der Grabes, Grabschmuck, Abräumen der Kränze und der überflüssigen Erde

1. für eine Erdbestattung
 - a. Särge bis 1,20 m 150,00 Euro
 - b. Särge über 1,20 m 510,00 Euro
2. für eine Urnenbeisetzung 230,00 Euro

(4) Sonstige Gebühren

1. Gebühr für die Benutzung der Kühlkammer inkl. der ersten drei Tage 75,00 Euro
- jeder weiterer Tag 25,00 Euro -
2. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle für Verstorbene, die nicht der Ev.-Luth. Kirche angehörten 260,00 Euro
3. Gebühr für das Abräumen einer Grabstelle. Das Entsorgen eines Grabmals, eines Fundaments, einer Grabeinfassung oder sonstigen baulichen Anlagen und Anpflanzungen
- nach Aufwand -

(5) Gebühren für die Ausgrabungen

1. die Ausgrabung einer Leiche - nach Aufwand -
2. die Ausgrabung einer Urne - nach Aufwand -

§ 7

Zusätzliche Leistungen

Für besondere Leistungen, die im Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt der Friedhofsträger die zu entrichtende Vergütung von Fall zu Fall nach dem tatsächlichen Aufwand fest.

§ 8

Schlussbestimmungen

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird auf der Internetseite der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Grube unter www.kirche-grube.de und dem entsprechenden Hinweis in den Lübecker Nachrichten mit Angabe der vorstehenden Internetadresse amtlich bekanntgegeben.

Die Friedhofsgebührensatzung tritt am 15. Dezember 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Friedhofsgebührensatzung außer Kraft.

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird hiermit ausgefertigt. Sie wurde durch den Ev.-Luth. Kirchenkreis Ostholstein mit untenstehendem Datum kirchenaufsichtlich genehmigt.

Grube, den 03. Dezember 2020
Ev.-Luth. Kirchengemeinde Grube

- Der Kirchengemeinderat -

gez. Fritz Bormann

Vorsitzender des Kirchengemeinderates

gez. Rüdiger Fuchs

Mitglied des Kirchengemeinderates

Vorstehende Friedhofsgebührensatzung wurde

vom Kirchengemeinderat beschlossen am 03.12.2020

vom Kirchenkreis Ostholstein kirchenaufsichtlich genehmigt am: 08.12.2020

Dauerhaft für die Zeit der Gültigkeit öffentlich bereitgestellt
unter der Internetadresse www.kirche-grube.de

Hinweis auf Internetbereitstellung in den Lübecker Nachrichten am: 16.12.2020

Sie tritt in Kraft am 15. Dezember 2020.